



Beschlussantrag

der Gemeinderäte Beate Meinel-Reisinger, Christoph Wiederkehr und weiterer Gemeinderatsabgeordneter

betreffend Chancenbonus für Kindergärten

eingebraucht im Zuge der Debatte über Post Nr. 4 in der 34. Sitzung des Wiener Gemeinderats am 22.03.2018

Integration ist eine der größten und wichtigsten Herausforderungen für Österreich. Trotzdem betreibt die Bundesregierung mit dem Streichen wichtiger Mittel für Integration gerade im Bildungsbereich ein politisches Geschäftsmodell, das Chancengerechtigkeit, Sicherheit und die liberale Demokratie in Österreich unterminiert. Während die schwarz-blaue Bundesregierung mit ihrem Vorhaben als Brandbeschleuniger fungiert, verfolgt die rot-grüne Stadtregierung in Wien eine Vogel-Strauß-Politik und hat ein Klima geschaffen, in dem eine offene Diskussion über Probleme im Integrations- und im Bildungsbereich kaum möglich ist. Gerade urbane Zentren, allen voran Wien, stehen in diesem Zusammenhang vor besonders großen Herausforderungen. Nichtstun ist hier keine Option.

Ab 2009 hat die Stadt Wien das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen zwar massiv ausgebaut, um das Wahlversprechen des beitragsfreien Kindergartens umzusetzen. Der quantitative Ausbau wurde von der rot-grünen Stadtregierung rasch vorangetrieben, allerdings auf Kosten der Qualität. Missbräuchliche Verwendungen von Fördermitteln, Trägervereine mit fragwürdigem Hintergrund, nur gering qualifiziertes Personal mit teilweise schlechten Deutschkenntnissen sind nur einige der Probleme in Kinderbetreuungseinrichtungen. Hinzu kommt ein mangelhaftes Kontrollsystem der Stadt Wien, das die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kinderbetreuungseinrichtungen zu wenig überprüft. Zudem konzentrieren sich in manchen Kinderbetreuungseinrichtungen Kinder aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Familien, was wiederum eine bedarfsgerechte und individuelle Förderung der Kinder erschwert und sich langfristig negativ auf ihren weiteren Bildungsweg auswirkt.

Gerade Kinder aus zugewanderten sowie aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien können in Österreich Nachteile weniger gut durch einen Kindergartenbesuch ausgleichen, als es in anderen Ländern der Fall ist. Will man daher den Anspruch ernsthaft umsetzen, dass das Bildungssystem allen Kindern Chancen auf eine Verbesserung ihrer Lebenssituation im Vergleich zur Lebenssituation der Eltern geben soll, so muss man bereits bei der frühkindlichen Bildung anfangen.

Derzeit wird das Geld im frühkindlichen Bildungsbereich allerdings nach dem Gießkannenprinzip und nach Parteinähe verteilt. Denn die Förderungen im Rahmen des beitragsfreien Kindergartens richten sich nicht nach dem Förderbedarf des Kindes, mit Ausnahme von Kindern mit Behinderung. Kindergärten erhalten Förderungen unabhängig davon, ob sie überwiegend von Kindern aus bildungsfernen Haushalten mit nichtdeutscher Umgangssprache besucht werden oder von Kindern aus dem Bildungsbürgertum. Somit stehen Kindergärten zu wenige Ressourcen zur Verfügung, um Kinder in dem benötigten Ausmaß zu fördern. Über die Verwaltungszuschüsse werden zudem parteinahe Vereine begünstigt. 2015 wurden über den Verwaltungszuschuss 35 Millionen Euro verteilt, fast ein Drittel gingen an die SPÖ-nahen Kinderfreunde (10,4 Mio.). Es braucht also eine neue Förderstruktur, die sich nicht nach Parteinähe sondern nach dem Förderbedarf der Kinder richtet.

Die Fördergelder sollen als Chancenbonus unter Berücksichtigung des sozioökonomischen Hintergrunds vergeben werden. Kindergärten ab einem Anteil von 25 Prozent Kindern mit sehr

hoher und hoher sozialer Benachteiligung sollen künftig höhere finanzielle Mittel erhalten, die sie in Personal, kleinere Gruppen und Zusatzförderungen investieren können. Zum Beispiel kann eine Gruppe mit 25 Kindern in zwei 12-Kindergruppen geteilt werden oder das pädagogische Personal kann verdoppelt werden, damit mehr Pädagog_innen für weniger Kinder zuständig sind. Damit die Kindergärten erhöhte finanzielle Mittel in Form des Chancenbonus lukrieren können, müssen sie besondere Kriterien erfüllen. Diese Kriterien stellen sicher, dass die Kindergärten auch tatsächlich eine besondere pädagogische Eignung zur Förderung von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf haben, zum Beispiel verfügen die Pädagog_innen über Ausbildungen mit Fokus auf Vermittlung von Deutsch als Zweitsprache, es gibt ausreichend qualifiziertes Personal für ein weitaus besseres Betreuungsverhältnis als gesetzlich vorgeschrieben usw. Ein eigenes extern vergebenes Gütesiegel weist diese Kindergärten aus. Damit soll sichergestellt werden, dass nur die qualitativ hochwertigsten Kinderbetreuungseinrichtungen diese zusätzlichen Mittel bekommen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs.4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat fordert den Stadtrat für Bildung, Integration, Jugend und Personal dazu auf, einen Chancenbonus bei der Fördervergabe im Rahmen des beitragsfreien Kindergartens einzurichten. Kindergärten ab einem Anteil von 25 Prozent Kindern mit sehr hoher und hoher sozialer Benachteiligung erhalten höhere finanzielle Mittel, die sie unter anderem in Personal, kleinere Gruppen und Zusatzförderungen investieren können.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 22.03.2018


